Schweizerisches Bundesblatt.

XVIII. Jahrgang. I.

Nr. 4.

27. Januar 1866.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwadel) in Bern.

Bundesrathsbeschluss

in

Sachen des Rekurses der Stadt=Schützengesellschaft von Biel,
betreffend Expropriation.

(Vom 27. Dezember 1865.)

Der schweizerische Bundesrath
hat

in Sachen der Stadt=Schützengesellschaft von Biel, be-
treffend Expropriation;

nach angehörtem Berichte des Justiz- und Polizeidepartements und
nach Einsicht der Akten, woraus sich ergeben:

1) Herr Advokat Blösch in Biel hat Namens der Stadtschützen-
gesellschaft daselbst mit Eingabe an den Bundesrath vom 19. April 1865
Folgendes vorgetragen:

Die genannte Gesellschaft besitze seit unvordenklicher Zeit eine ihr
von der Gemeinde Biel zugetheilte Wiese auf dem Pasquart bei Biel,
welches Besizthum später durch verschiedene Ankäufe vergrößert worden
sei. Auf diesem Güterkomplex habe die Gesellschaft im Jahr 1821 ein
Schützenhaus gebaut mit einem Scheibenhause auf der Westseite. Seither
sei sie wiederholt im Falle gewesen, den unbelasteten Besiz gegen drohen-
den Schaden zu wahren. Es sei dies namentlich auch der Fall gewesen
mit Bezug auf eine 1846 neu erstellte Straße von Nidau nach der Biel.

Neuenstadt-Straße, welche in kurzer Distanz hinter dem Kugelfang durchgeführt worden sei. Diese Straße habe in der Folge den Bau einer neuen Schuzmauer nöthig gemacht, deren Kosten die Regierung von Bern im Jahr 1851 mit Fr. 676. 75 Rp. unbeanstandet an die Gesellschaft vergütet habe.

Als 1859 die Ostwestbahngesellschaft eine Konzession für die Linie Biel-Neuenstadt erhalten und den Eisenbahndamm ebenfalls in geringer Entfernung von dem Scheibenhauß projektirt habe, sei von der Gesellschaft wieder, und zwar am 5/7. April 1860, d. h. noch innerhalb dem Expropriationstermin, eine Rechtsverwahrung eingegeben worden. Dennoch habe das übliche Expropriationsverfahren nicht stattgefunden; auch die Schützengesellschaft habe sich zu keinen Schritten veranlaßt gesehen, so lange sie Niemand an der Ausübung ihrer Rechte gehindert habe. Nachdem inzwischen die Ostwestbahngesellschaft eingegangen und die Linie an den Staat Bern übergegangen sei, habe im Herbst vorigen Jahres ein Bahnwärter angezeigt, daß eine Kugel über den Kugelfang in das Wächterhäuschen eingeschlagen habe. Sogleich sei das Staatsbahndirektorium bei der Regierung klagend aufgetreten, welche ohne Weiteres den Befehl gegeben habe, die Schießübungen zu verbieten, wenn die Schützengesellschaft sich nicht entschließe, die erforderlichen Sicherungsmaßregeln zu treffen.

Die Schützengesellschaft habe zwar nicht gesäumt, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß der Eisenbahnbau ohne Rücksicht auf ihre Verwahrung geschehen sei, daß sie daher sich nicht verpflichtet glaube, der Eisenbahn wegen kostspielige Schuzbauten herzustellen, und daß sie das Recht des Staates zur Expropriation nicht bestreite, aber auch bereit sei, die Differenz auf gütlichem Wege zu lösen. Dagegen sei das Staatsbahndirektorium nicht darauf eingetreten, und der Regierungshalter von Biel habe Befehl erhalten, den Beschluß der Regierung einfach zu vollziehen. Dies sei dann wirklich geschehen mit Verbot vom 11. November 1864, wodurch alles Schießen vom Schützenhaus auf dem Pasquart her bei einer Wuse von Fr. 6 bis 70 verboten worden sei, mit der Bemerkung verbunden, daß Ansprüche von Privatrechten an den Zivilrichter gewiesen seien.

Die in ihrem Eigenthum beeinträchtigte Schützengesellschaft rufe nun zu dessen Schutz gegen die in ihrer eigenen Sache handelnde Regierung von Bern den Art. 21 der Bundesverfassung und das Bundesgesetz vom 1. Mai 1850 an. Es drohe der Gesellschaft eine Dienstbarkeit; daher müsse das Schützungsverfahren nachgeholt werden, da nur unter dieser Voraussetzung eine Berufung an das Bundesgericht möglich sei. Auch § 83 der Verfassung des Kantons Bern garantire die Unverletzlichkeit des

Eigenthums und volle Entschädigung für die gezwungene Abtretung. Diese Entschädigung werde hier nicht unbedeutend sein.

Die Stadtschützengesellschaft von Biel stellt daher an den Bundesrath das Gesuch:

- 1) Er möchte die Regierung des Kantons Bern anhalten, nach Mitgabe des Expropriationsgesetzes gegenüber der Stadtschützengesellschaft von Biel für die ihr zu Gunsten der Staatsbahn auferlegte Eigenthumsbeschränkung den Expropriationsweg zu betreten.
- 2) Es möchte der Bundesrath zur Vornahme der Schätzung der Entschädigungsforderung das in Art. 17 und 22 des Gesetzes vom 1. Mai 1850 vorgeschriebene Verfahren anordnen.

2) Namens der Regierung des Kantons Bern hat Herr Fürsprech Niggeler in Bern unterm 7. August 1865 dieses Gesuch mit dem Antrage auf Abweisung beantwortet, und zur Begründung dieses Antrages in Wesentlichen bemerkt:

Die Regierung von Bern habe das fragliche Schießverbot in ihrer verfassungsmässigen Stellung erlassen (§ 40 der Kantonsverfassung). Sie sei schon wiederholt im Falle gewesen, gleiche Verbote gegen andere Schützengesellschaften zu erlassen. Von dem gleichen Rechte habe sie am 9. Februar 1852 selbst gegenüber der Stadtschützengesellschaft von Biel Gebrauch gemacht, indem ihre Ansprüche auf Ersatz der Kosten für die Schutzmauer abgewiesen worden seien, und zwar aus dem Grunde, weil der Staat nicht verpflichtet sein könne, einer solchen Privatanstalt die von ihr gegenüber der Polizei zu erfüllenden Pflichten abzunehmen, und zwar mit der Androhung verbunden, daß wenn nicht Anstalten getroffen werden, noch vor Beginn der Schießübungen eine schützende Konstruktion auszuführen, dieselben von Polizei wegen untersagt würden.

Nun stehe dem Bunde keine Kognition zu über solche, auf das eigene Territorium beschränkte polizeiliche Maßnahmen einer Kantonsregierung (Art. 3 der Bundesverfassung). Höchstens könnte an den Großen Rath als Oberaufsichtsbehörde eine Beschwerde gerichtet werden.

Uebrigens werde die Kompetenz der Regierung nicht bestritten. Die Stadtschützengesellschaft verlange in letzter Instanz Entschädigung für eine angebliche Entwerthung ihres Eigenthums. Die erste Voraussetzung eines solchen Verlangens sei aber die Widerrechtlichkeit der Handlung des Beschädigenden. Diese Handlung bestehe hier in dem Schießverbot. Da es aber formell und materiell gerechtfertigt und unantastbar sei, so könne sich keine Entschädigungspflicht daran knüpfen.

Ein solcher Anspruch wolle zwar auch daraus abgeleitet werden, daß die Schützengesellschaft ein Recht darauf habe, die Staatsbahnlinie mit Kugeln zu bestreichen. Allein durch die nur periodische Handlung des Schießens sei keine Nutzung möglich gewesen; die Errichtung von Schießwehren zeige auch, daß hiefür keine Absicht bestanden habe. Aus Verwahrungen gegenüber Dritten könne nichts abgeleitet werden; sie berühren den Staat nicht.

Die Schützengesellschaft könne sich auch darauf nicht berufen, daß sie sich Machtprüchen des Staates als Polizeibehörde habe fügen müssen, denn der § 17 der bernischen Staatsverfassung räume das Recht ein, daß Zivilansprüche aller Art, die aus der Verantwortlichkeit von Beamten oder Behörden des Staates fließen, stets gegen diesen vor den Gerichten angebracht werden können.

Da nun eine Dienstbarkeit zu Gunsten der Stadtschützengesellschaft von Biel nicht bestanden habe, so sei auch ein Expropriationsverfahren nicht zulässig. Die Eingabe, welche gegenüber der Ostwestbahn am 7. April 1860 bei dem Gemeinderathe von Biel gemacht worden, sei nur eine bloße Verwahrung gewesen, während nach Art. 12 des Expropriationsgesetzes eine genaue Forderung gestellt werden müsse. Die Schätzungskommission habe damals jene Verwahrung als unzulässig erklärt. Die Sache sei somit erledigt. Der Staat als Rechtsnachfolger der Ostwestbahn habe volles, freies Eigenthumsrecht an der Bahnlinie erworben, die zu Gunsten der Stadtschützengesellschaft von Biel nicht weiter beschwert sei;

In Erwägung:

1) Sofern die Stadtschützengesellschaft von Biel hinsichtlich der Abtretung oder Einräumung von Rechten wegen Erstellung der Eisenbahn glaubte Ansprüche erheben zu können, so hätte sie dieselben zur Zeit der Expropriation der Ostwestbahngesellschaft auf die im Bundesgesetz vom 1. Mai 1850 vorgeschriebene Weise und inner der festgesetzten Frist machen sollen. Wenn sie sich statt dessen mit einer einfachen Verwahrung begnügte, welche aber unberücksichtigt gelassen wurde, so kann es nicht in den Befugnissen des Bundesrathes liegen, jetzt noch die Regierung von Bern als Rechtsnachfolgerin der Ostwestbahn zur Betretung des Expropriationsweges wegen behaupteter Eigenthumsbeschränkung gegenüber der Beschwerdeführerin anzuhalten.

2) Wenn aber die Rekurrentin durch das Verbot des Regierungsrathes von Biel vom 11 November 1864 sich in ihren Privat-rechten verletzt glaubt, so gibt ihr der Art. 17 der Kantonsverfassung das Mittel an die Hand, ihre Ansprüche vor den Gerichten zur Geltung

zu bringen, auf welchen Weg die Stadtschützengesellschaft von Biel bereits in dem zitierten Erlaß des Regierungsstatthalters aufmerksam gemacht wird;

beschlossen:

1. Es sei in die Beschwerde hierorts nicht weiter einzutreten.
2. Sei dieser Beschluß der Regierung des Kantons Bern, sowie der Stadtschützengesellschaft von Biel unter Rücksendung der Aktenstücke mitzutheilen.

Also beschlossen, Bern, den 27. Dezember 1865.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Schenk.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiff.

**Bundesrathsbeschluß in Sachen des Rekurses der Stadt-Schüzengesellschaft von Biel,
betreffend Expropriation. (Vom 27. Dezember 1865.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1866
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	04
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.01.1866
Date	
Data	
Seite	65-69
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 013

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.